

# Der Gemeinderat lehnt die Deponie ab

Nach dem öffentlichen Infoanlass von Cargo Sous Terrain Anfang Jahr äussert sich der Rat erstmals zum Projekt.

Noël Binetti

Zum ersten Mal seit Bekanntwerden der Pläne von Cargo Sous Terrain (CST) in Dulliken äussert sich der Gemeinderat über das Projekt. Im Rahmen der geplanten Anpassung des kantonalen Richtplans führte er «eine intensive Diskussion», was die Haltung der Gemeinde bezüglich der Bauvorhaben von CST auf dem Gemeindegebiet betrifft. Das hält der Rat in einer Mitteilung zu seiner jüngsten Sitzung diese Woche fest.

«Zum geplanten Zwischenangriff für den Tunnelbau im Gebiet der heutigen Kiesgrube Hard hat der Gemeinderat keine grundsätzlichen Vorbehalte», äussert er sich allgemein. In der Anhörungsantwort gegenüber dem Kanton hält der Gemeinderat jedoch diverse Punkte fest, «welche in den anstehenden Planungsschritten rasch geklärt und präzisiert werden müssen».

Dies betreffe unter anderem die Bereinigung von möglichen Zielkonflikten mit aktuellen und geplanten Vorhaben der Gemeinde im Kiesabbau oder die rasche Konkretisierung der temporären oder dauerhaften Beanspruchung von Kulturland durch das CST-Projekt.

**Rat nimmt Bedenken Betroffener ernst**

«Deutlich kritischer ist das Meinungsbild des Dulliker Gemeinderats bezüglich der geplanten Deponie für Tunnelausbruchmaterial im Gebiet Rütitäl, heisst es weiter. Die an einem Infoanlass vorgestellten Pläne von CST sehen vor, dass ein Förderband den Aushub entlang von Wiesen und Waldgebiet dorthin verfrachtet: vom Zugriffsstollen über eine Strecke von etwas mehr als einem Kilometer und im Zweischichtbetrieb. Die Topografie des Tälis, das heute landwirtschaftlich genutzt wird und als Naherholungsgebiet dient, würde grundlegend verändert.

Bedenken, die von der betroffenen Bevölkerung geäussert wurden, scheint der Ge-

meinderat in seinem Entscheid Rechnung zu tragen. Er schreibt: «Auf Basis der aktuell vorliegenden Planungen und Informationen lehnt der Dulliker Gemeinderat die Realisierung der Deponie ab.» In diese ablehnende Haltung seien auch kritische Voten eingeflossen, welche von der Bevölkerung anlässlich des Infoanlasses zum CST-Projekt Anfang Jahr geäussert wurden.

Im Anschluss an die Gemeinde-Anhörung werde sich die Bevölkerung im Rahmen der öffentlichen Auflage zur geplanten Richtplan-Anpassung auch noch zu den CST-Vorhaben äussern können: «Die öffentliche Auflage findet gemäss aktuellem Kenntnisstand im zweiten oder dritten Quartal 2024 statt.» Der Gemeinderat werde die Bevölkerung informieren, sobald die Details zur öffentlichen Auflage des Richtplans vorliegen.

**«Froh, dass Gemeinderat sich aufgeschlossen zeigt»**

Klaus Juch führte bereits durch den erwähnten Infoanlass in der Mehrzweckhalle. Der Starrkirch-Wiler ist Bereichsleiter Technik und Bau sowie Mitglied der Geschäftsleitung von CST. Gefragt, wie die Initianten die kommuni-

**«Wir möchten weiterhin Gespräche führen.»**



**Klaus Juch**  
Cargo Sous Terrain

zierte Haltung des Gemeinderats interpretieren, sagt Juch gegenüber dieser Zeitung: «Wir fassen das als grundsätzliche Zustimmung zum Projekt auf. Insbesondere was die baulichen Massnahmen betrifft, sind wir froh, dass der Gemeinderat sich aufgeschlossen zeigt.»

Man befinde sich noch in der frühen Planung. «Es ist klar, dass es jetzt weitere Abstimmungen braucht», anerkennt Juch den Wunsch des Rates auf rasche Präzisierungen.

Was die Ablehnung des Rates der Deponie im Rütitäl angeht, erklärt Klaus Juch: «Wir haben im Vorfeld auch Standorte in Rothrist und Walterswil geprüft. Doch die Erschliessung ist dort unserer Meinung nach ungenügend.» Man lege Wert darauf, den Abtransport von Aushubmaterial per Lastwagen zu minimieren. Juch hält fest: «Wir möchten weiterhin zusammen mit der Gemeinde und der betroffenen Bevölkerung Gespräche darüber führen, wie eine sinnvolle Deponie im Rütitäl gestaltet werden kann.»

Die Basis für eine positive Diskussion hält Juch für gegeben. Er selber nutze das betroffene Gebiet zur Naherholung und sei interessiert daran, eine gute Lösung zu finden. «Mir ist aber bewusst, dass eine solche Deponie Veränderung mit sich bringt.» Trotzdem soll geprüft werden, wie die Deponie auf lange Sicht einen Mehrwert darstellen könne.

Die Antwort des Rates werde nun an den Kanton gereicht. «Danach werden alle Beteiligten die Sachlage reflektieren. Bezüglich Deponie dürfte insbesondere auch der Kanton ein Interesse daran haben, dass mit dieser knappen Ressource sorgfältig umgegangen wird», sagt Juch.

Für das erste Teilstück von Cargo Sous Terrain, das von Härkingen bis Zürich Flughafen führen soll, plant CST neben der Deponie in Dulliken eine weitere im Gebiet Urdorf/Birmensdorf ZH. Der Rest soll auf bestehende Deponien verteilt werden.



Soll, wenn es nach dem Gemeinderat geht, idyllisch und ohne Aufschüttung mittels Förderband bleiben: das Dulliker Rütitäl.

Bild: Bruno Kissling

**Kommentar**

## Kein roter Teppich für die Deponie

Während die Ressourcen auf dem Planeten zur Neige gehen, plant die Schweiz ein unterirdisches System für Rund-um-die-Uhr-Logistik. Noch muss sich das Projekt von Cargo Sous Terrain wenig Kritik gefallen lassen: Viele können offenbar der Idee, dass Teile des Schweizer Güterverkehrs im Untergrund verschwinden, auf Anhieb etwas abgewinnen.

Umso mutiger ist der Entscheid des Dulliker Gemeinderats, der von Cargo Sous Terrain im Rütitäl vorgesehene Deponie in diesem frühen Planungsstadium eine Abfuhr zu erteilen. Er scheint die Anliegen der betroffenen Bevölkerung und jene der Umwelt ernst zu nehmen. Auch die Initianten geben

sich bislang dialogbereit. Dennoch dürfte von diesem Megaprojekt, das von einem Gros der Schweizer Wirtschaft getragen ist, schon bald Druck ausgehen.

Dass der Rat in diesem frühen Planungsstadium nicht einknickt, ist richtig. Er verzichtet darauf, dem Vorhaben, das auch den gesetzgeberischen Support des Bundesrats genießt, voreilig den roten Teppich auszurollen. Denn bis heute wurden neben den erwartbaren Emissionen infolge der jahrelangen Baurei keine möglichen Vorteile aufgezeigt, die für Dulliken herauspringen könnten.

Mit seiner zurückhaltenden Zustimmung zum Projekt und

zum Installationsplatz für den Tunnelbau scheint der Gemeinderat eine Strategie des goldenen Mittelwegs zu verfolgen. Abzuwarten ist, wie standhaft er bleibt, wenn bezüglich der Deponie der juristische Schlagabtausch über mehrere Instanzen droht. Und auch, wie kreativ sich Initianten und Kanton zeigen, wenn es darum geht, einen alternativen Deponiestandort zu suchen.



**Noël Binetti**  
noel.binetti@chmedia.ch

## AEW ist zuversichtlich – trotz Anti-Windpark-Burg-Initiative

Die neue Mehrheitsaktionärin des Windkraft-Projekts bei Kienberg äussert sich zu lancierten Gemeinde- und Waldschutz-Initiativen.

Dennis Kalt

Um die Gesetzgebung für erneuerbare Energien wird derzeit gerungen. Mehrfach. Da ist einerseits das Referendum gegen den Mantelerlass, der mit dem Beschleunigungserlass das Verfahren für Planung und Bau von Kraftwerken für erneuerbare Energien vereinfachen und straffen soll.

Andererseits stehen dazu konträr zwei lancierte Initiativen, mit denen der Waldschutz sowie die Mitbestimmung auf kommunaler Ebene beim Bau von Windenergieanlagen (WEA) gesichert werden sollen. Die AEW Energie AG beobach-

tet das politische Geschehen genau. Das Unternehmen ist seit Herbst Mehrheitsaktionärin der Windpark Burg AG, die in Kienberg vier Windenergieanlagen (WEA) und eine fünfte auf der Burgmatte in Oberhof plant.

**Schutz des Waldes auch ohne Initiative berücksichtigt**

Es ist dabei vor allem die Waldschutz-Initiative, die wie ein Damokles-Schwert über dem Windpark hängt. Die Initiative will WEA im Wald oder im Abstand von weniger als 150 Metern zum Wald verbieten. «Die Anlagen des Windparks Burg liegen zwar nicht im Wald, eini-

ge Anlagen sind jedoch näher als 150 Meter zum Waldrand geplant. Das würde den Bau verunmöglichen», sagt AEW-Sprecherin Yvonne Kohler. Die AEW macht keinen Hehl daraus, dass sie die Waldschutz-Initiative für überflüssig hält. Viele weitere Windpark-Projekte seien von dieser betroffen, aber jeder Windpark durchlaufe bereits heute eine umfangreiche Umweltverträglichkeitsprüfung, in der die Auswirkungen der Anlagen auf die Umwelt und insbesondere den Wald untersucht werden, so Kohler. «Durch diese detaillierten Voruntersuchungen ist die AEW überzeugt, dass der Schutz der

Umwelt und des Waldes im hohen Masse in der Windparkplanung berücksichtigt wird.»

Anders beurteilt AEW die sogenannte Gemeindefürsorge-Initiative. Diese will kommunale Abstimmungen in Standortgemeinden von Windkraftprojekten verfassungsmässig verankern. «Die Akzeptanz der Bevölkerung der Standortgemeinden ist auch für die AEW von zentraler Bedeutung. Die AEW versteht deshalb den Wunsch der Initiative», sagt Kohler. Es liege ebenfalls im Interesse der AEW, die Unterstützung der Gemeinden zu erhalten und mit ihnen einvernehmlich zu kooperieren.

Der Mantelerlass, gegen den das Referendum ergriffen wurde, kommt am 9. Juni an die Urne. Gemäss AEW hätten aber sowohl der Mantel- wie auch der Beschleunigungserlass kaum noch Auswirkungen auf den Bau des Windparks Burg. «Das Projekt ist schon sehr fortgeschritten. Auch hat eine Standortgemeinde bereits über den Windpark abgestimmt», so Kohler.

**AEW ist zuversichtlich, dass gebaut werden kann**

Insgesamt zeigt sich die AEW zuversichtlich, dass der Windpark nach der Abstimmung in Oberhof gebaut werden kann. Kienbergs Bevölkerung hat sich

bereits 2018 für den Windpark Burg ausgesprochen. «Die Fachstellen der beiden Kantone haben die Dossiers unabhängig voneinander geprüft und die Zustimmung zur Baubewilligung in Aussicht gestellt», so Kohler.

Zudem zeigten Mantel- und Beschleunigungserlass, dass der Gesetzgeber die Notwendigkeit von Massnahmen erkannt habe, den Bau von Wind- und Solarenergieanlagen zu beschleunigen. «Aufgrund dessen und des Zuspruchs der Kantone Aargau und Solothurn sowie der Standortgemeinde Kienberg stellt sich aus Sicht der AEW die Frage, den Windpark nicht zu realisieren, nicht», sagt Kohler.